

## DEUTSCHLAND

## Müntefering kündigt Kombilohn für Ältere an

BERLIN. Mit staatlichen Lohnzuschüssen will Sozialminister Franz Müntefering (SPD) die Rückkehr von über 50-Jährigen ins Erwerbsleben fördern. Das kündigte der Vizekanzler im „Handelsblatt“ an. Der Kombilohn soll ältere Bezahler von Arbeitslosengeld I motivieren, auch Jobs anzunehmen, die geringer bezahlt werden als ihr bisheriger.

## Schärferes Ausländerrecht

BERLIN. Im Bundesinnenministerium gibt es Überlegungen für eine Verschärfung des Ausländerrechts. „Der Spiegel“ berichtet unter Berufung auf einen internen Prüfbericht, es werde erwogen, dass etwa Deutsche, die von Sozialhilfe leben, keine ausländischen Ehepartner mehr ins Land holen können.

## „Milliardenentlastung“

BERLIN. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beharrt trotz Einwänden aus der SPD auf der geplanten Milliardenentlastung bei der Unternehmensteuerreform. Die Eckpunkte sahen eine Nettoentlastung von fünf Milliarden Euro vor. Christian Baldauf, CDU-Chef von Rheinland-Pfalz, fordert echte Entlastungen auch für einfache Steuerzahler.

## Birther gibt Akten frei



BERLIN. Behördenchefin Marianne Birther gibt laut „Spiegel“ bis Ende Juli und damit schneller als geplant Stasi-Akten über Abgeordnete des 6. Deutschen Bundestages von 1969 bis 1972 heraus. Ob darunter bereits Akten über die früheren SPD-Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt sowie den früheren CSU-Chef Franz Josef Strauß sind, ist unklar. Foto: dpa

## EUROPA

## Acht Tote bei Gefecht in Südosttürkei

ANKARA. Bei einem Gefecht zwischen Kämpfern der kurdischen Arbeiterpartei PKK und türkischen Soldaten sind am Samstag im Südosten des Landes sieben Soldaten und ein Dorfwächter ums Leben gekommen. Zu dem Schusswechsel sei es gekommen, als eine türkische Militärpatrouille in der Provinz Sirt auf PKK-Kämpfer stieß. dpa

## WELT

## Iran will Verhandlungen im Atomstreit

TEHERAN. Der Iran macht im Streit um sein Atomprogramm eine Antwort auf den Kompromissvorschlag der internationalen Gemeinschaft von Verhandlungen abhängig. Außenamtssprecher Hamid-Reza Assefi sagte, der Iran erachte den Vorschlag weiterhin als durchaus angemessen.

## Raketentest verlangt

NEW YORK. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution hat der Weltsicherheitsrat Nordkoreas jüngste Raketentests verurteilt und Pjöngjang zur Aussetzung seines ballistischen Programms aufgefordert. Nordkorea wies die völkerrechtlich bindende Resolution noch in New York zurück. dpa

## Thema des Tages Nahost

Mit dem schwersten Raketenangriff der Hisbollah-Miliz auf Israel seit über zehn Jahren hat der Konflikt im Nahen Osten eine neue Dimension erreicht.



Ein Libanese klettert an einem zerstörten Wohnhaus empor, um in seine Wohnung im Süden Beiruts zu gelangen. Foto: dpa

## „Was haben sie unserem Volk angetan!“

Viele Libanesen sind wütend auf die radikal-islamische Hisbollah

Von Weedah Hamzah und Ulrike Koltermann

BEIRUT. Rauchwolken hängen über der Stadt, Beirut ist grausam aus seiner Sommerstimmung gerissen. Die Geschäftsstraßen, über die vor wenigen Tagen noch reiche Touristen aus den Golfstaaten flanierten, sind leer.

Vor allem in den christlichen Vierteln der Stadt wächst die Wut auf die Schiitenmiliz Hisbollah, die die israelischen Angriffe provoziert hat. „Was haben sie unserem Volk angetan!“ sagte Georgette Hadad, als sie gestern Morgen auf dem Weg zur Kirche war. „Sie sagen, sie wollen Krieg. Aber es sind nicht ihre Kämpfer, die sterben, sondern die Menschen hier.“

Nur wenige trauten sich am fünften Tag der israelischen Angriffe auf die Straße. „Wir bleiben alle zu Hause und verfolgen die Situation im Fernsehen“, sagte Nayla

„Wir beten, dass die internationale Gemeinschaft einen Waffenstillstand erreicht“

Nayla Saba aus Beirut

Saba, die im Christenviertel Aschrafiya wohnt.

„Wir beten, dass die internationale Gemeinschaft eine Lösung findet und einen Waffenstillstand

erreicht, so dass nicht noch mehr Menschen ihr Leben verlieren müssen“, fügte Nayla Saba hinzu. Hisbollah habe Israel unterschätzt und wohl kaum mit einer so heftigen Reaktion gerechnet, meinte die Frau.

Einige Supermärkte waren am Sonntag rund um die Uhr geöffnet, viele Libanesen deckten sich mit Vorräten ein, als ob ihnen eine lange Belagerung bevorstünde. Auch vor den Tankstellen bildeten sich lange Schlangen.

Viele tankten ihre Autos voll, für den Fall, dass sie doch die Stadt verlassen. Andere kauften Diesel für ihre Generatoren. Seit der Zerstörung mehrerer Elektrizitätswerke gibt es in einigen Stadtvierteln keinen Strom mehr. dpa

## G8 akzeptieren deutsche Atom-Sonderrolle

Gabriel: Atomstrom kann nicht Wärmeenergie ersetzen – CSU: Längere Laufzeiten

ST. PETERSBURG. Die deutsche Sonderrolle bei der Kernenergie und der Ausstieg aus der Atomkraft ist bei den führenden Industriestaaten und Russland anerkannt. Delegationskreise sagten auf dem G8-Gipfel in St. Petersburg, es sei akzeptiert worden, dass die Mitgliedstaaten der G8 verschiedene Wege gehen, um eine sichere Energieversorgung zu erreichen. Eine entsprechende Erklärung sei bereits ausgearbeitet, hieß es.

Deutschland hält als einziges Land am Ausstieg aus der Kernenergie fest. Bundeskanzlerin Angela

Merkel (CDU) ist an den Koalitionsvertrag mit der SPD gebunden, der den Atomausstieg bekräftigt hatte. Erarbeitet worden sei in St. Petersburg ein Text, mit dem Deutschland leben könne, hieß es.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) betonte, es bleibe beim unter Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg. Er verstehe auch die Argumentation mit der Abhängigkeit vom Gas nicht. „Kernenergie produziert Strom, Gas nutzen wir im wesentlichen zur Wärmeerzeugung. Atomstrom kann nicht Wärmeenergie ersetzen, die wir durch Gas erzeugen.“

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (beide CSU) sagten dagegen: „Die Atomkraft kann noch nicht ersetzt werden durch regenerative Energien. Die Atomenergie würde ersetzt durch mehr Gas, mehr Öl, mehr Kohle. Das kann auch nicht der Weg sein.“ Deutschland benötige mehr Zeit, um Kernkraft zu ersetzen. Die Industrie verlangte ein Bekenntnis zur Kernenergie. dpa

## Köhlers Standpauke zur Sommerpause

Bundespräsident kritisiert große Koalition: Zu viel Parteienstreit, zu wenig Konzentration auf Sachprobleme

Von Jörg Blank

BERLIN. Bundeskanzlerin Angela Merkel bemühte sich redlich, das Grummeln über den schwarz-roten Reformkurs und ihre Führungsqualitäten zu dämpfen. Die große Koalition habe in den ersten acht Monaten mehr auf den Weg gebracht als viele andere Regierungen, sagte die CDU-Chefin dem „Spiegel“. Und: „Das Land kommt voran.“ Am Samstagmittag reiste sie dann zum G8-Gipfel nach St. Petersburg.

Nur wenig später fuhr Bundespräsident Horst Köhler der Kanzlerin in die Parade. Die gesamte Regierungsmannschaft schickte er mit einer

Standpauke, die sich gewaschen hat, in die Sommerpause. Die Bundesregierung solle sich auf die Sachprobleme konzentrieren und nicht Ressourcen binden in politischen Sandkastenspielen, sagte er im ZDF.

Zu viel Parteienstreit, zu wenig Konzentration auf Sachprobleme – das ist Köhlers Zwischenbilanz von Schwarz-Rot: „Möglicherweise spüren das die Menschen, dass durch reine Parteipolitik die Arbeitslosigkeit nicht weg geht.“

Einer der Auslöser für Köhlers Ausbruch dürfte der deftige Streit

zwischen Union und SPD nach der Koalitions-Einigung auf Eckpunkte für die Gesundheitsreform gewesen sein. Köhlers Kernthema bleibt Vorfahrt für Arbeit. „Ich lasse mir über-



„Die Menschen spüren, dass durch reine Parteipolitik Arbeitslosigkeit nicht weg geht.“

Bundespräsident Horst Köhler

haupt nicht einreden, dass wir nicht zum Beispiel die Arbeitslosigkeit reduzieren können, wie andere auf

## „Wir müssen international mithalten“

Bei der Reform der Unternehmensteuer gibt es noch Diskussionsbedarf, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete und Finanzexperte Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel). Mit ihm sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, in der Koalition gibt es Gegrummel wegen der Unternehmensteuerreform: Warum sollen die Steuern für Betriebe sinken, während viele Bürger belastet werden?

Wir müssen international wettbewerbsfähig werden. Wer eine Investition plant, vergleicht international die Steuerbelastung. Da liegen wir, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer zusammengerechnet, zu hoch. Viele Ansiedlungen scheitern daran. Wenn wir das ändern, bringt uns das ein großes Stück Wettbewerbsfähigkeit. Solange die Steuern so hoch sind, sind die bestehenden Betriebe auch geneigt, Gewinne ins Ausland zu verlagern. Wir müssen das Steueraufkommen aber halten. Außerdem wollen wir den Gestaltungsmissbrauch eindämmen.



Jochen-Konrad Fromme

Worum geht es dabei?

Bislang lohnt es sich für Unternehmen steuerlich, Gewinne hier zu entnehmen und sie über ein Drittland als Fremdkapital wieder reinzubringen. Das wollen wir bekämpfen, aber der Weg ist noch unstritten. Der Plan des Finanzministers, einfach Mieten, Zinsen, Pachten dem Gewinn zuzuzählen, würde Mittelständler ungerecht treffen. Die Union möchte die Regelung auf Gesellschaftendarlehen begrenzen.

Der Finanzminister will auch die Gewerbesteuer für die Kommunen erhalten und reformieren.

Diesen Weg hat die Union 2003 zu Recht abgelehnt; wir sind nicht gewillt, dem jetzt zuzustimmen. Wir überlegen, stattdessen aus dem vorhandenen Lohnsteueraufkommen von Bund und Ländern den Kommunen zwei Prozentpunkte abzugeben. Der Vorteil: Die Einnahmen wären bei Konjunkturschwankungen relativ stabil und würden zudem gleichmäßiger verteilt. Lohnsteuer fließt auch dort, wo es keine großen Betriebe gibt – aus Arbeitsplätzen etwa in Behörden oder Universitäten. Die Kommunen wären so wesentlich besser abgesichert. Darüber müssen wir noch reden. Die Eckpunkte sind sehr offen, der Gesetzentwurf kommt erst noch. Ich bin sicher, dass es dann eine Lösung gibt.

fünf Prozent“, sagte er dem ZDF. Aus seinen Gesprächen mit Arbeitslosen weiß er: „Sie haben es verdient, dass man sich wirklich wundert, damit sie wieder zu Arbeit kommen.“

Ob Köhlers Kritik auf große Resonanz stößt, bleibt ungewiss. Nicht immer ertete er mit seinen präsidialen Vorstößen in der Vergangenheit Zustimmung. Erst kürzlich hatte SPD-Fraktionsvize Joachim Poß seine Vorstellungen zum Umbau des Sozialstaates als Besserwisser abgetan. dpa

► LEITARTIKEL